

## Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 26. Januar 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0006

### Regionales Bildungsbüro

#### -Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 11.01.2012-

Zunehmend ist die Landeshauptstadt Wiesbaden als Schulträger gefordert, bildungspolitische Prozesse anzustoßen oder zu begleiten, die Wiesbadener Schullandschaft inhaltlich mitzugestalten und dabei als Koordinierungsinstanz zwischen Schulen, Staatlicher Schulverwaltung und außerschulischen Einrichtungen zu fungieren. Auf diese Weise kann sich unsere Stadt als innovative Bildungsregion präsentieren, wie z. B. in der Inklusiven Bildung erfolgt. Längst hat sich das Aufgabenspektrum des Schulträgers von den klassischen Verwaltungsaufgaben der äußeren Schulangelegenheiten weiterentwickelt zu konzeptionellen Themen, die den Bereich der inneren Schulangelegenheiten tangieren. Gleichzeitig wurde jedoch die Verwaltungsorganisation dieser Weiterentwicklung nicht angepasst. Es ist deshalb zukunftsweisend, jetzt die notwendigen Bedingungen zu schaffen, damit der Schulträger die an ihn gestellten Anforderungen vollumfänglich erfüllen kann. Diese Aufgaben könnten von einem regionalen Bildungsbüro wahrgenommen werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

in einem Konzept darzustellen

- welche bestehenden Aufgaben ein regionales Bildungsbüro wahrnehmen kann,
- mit welchen Partnerinnen und Partnern das Bildungsbüro zusammenarbeitet,
- welche Projekte es in der kommunalen Bildungsarbeit initiieren und ausführen sollte,
- wie die Organisation des Bildungsbüros gestaltet werden könnte.

Das Bildungsbüro soll dem Verantwortungsbereich des Schuldezernates zugeordnet sein. Aufgabe soll u. a. die Organisation und Koordinierung der Kooperation von Schulamt, Kinder- und Jugendhilfe sowie außerschulischen Bildungspartnern und Trägern sein.

---

### Beschluss Nr. 0010

Der Antrag wird in der Fassung des Änderungsantrags der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 26.01.2011.angenommen:

Zunehmend ist die Landeshauptstadt Wiesbaden als Schulträger gefordert, bildungspolitische Prozesse anzustoßen oder zu begleiten, die Wiesbadener Schullandschaft inhaltlich mitzugestalten und dabei als Koordinierungsinstanz zwischen Schulen, Staatlicher Schulverwaltung und außerschulischen Einrichtungen zu fungieren. Auf diese Weise kann sich unsere Stadt als innovative Bildungsregion präsentieren, wie z. B. in der Inklusiven Bildung erfolgt. Längst hat sich das Aufgabenspektrum des Schulträgers von den klassischen Verwaltungsaufgaben der äußeren Schulangelegenheiten weiterentwickelt zu konzeptionellen Themen, die den Bereich der inneren Schulangelegenheiten tangieren. Gleichzeitig wurde jedoch

die Verwaltungsorganisation dieser Weiterentwicklung nicht angepasst. Es ist deshalb zukunftsweisend, jetzt die notwendigen Bedingungen zu schaffen, damit der Schulträger die an ihn gestellten Anforderungen vollumfänglich erfüllen kann. Diese Aufgaben könnten von einem regionalen Bildungsbüro wahrgenommen werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

in einem Konzept darzustellen

- welche bestehenden Aufgaben ein regionales Bildungsbüro wahrnehmen kann,
- mit welchen Partnerinnen und Partnern das Bildungsbüro zusammenarbeitet,
- welche Projekte es in der kommunalen Bildungsarbeit initiieren und ausführen sollte,
- wie die Organisation des Bildungsbüros gestaltet werden könnte.

Das Bildungsbüro soll dem Verantwortungsbereich des Schuldezernates zugeordnet sein. Aufgabe soll u. a. die Organisation und Koordinierung der Kooperation von **Städtischem Schulamt**, **Staatlichem Schulamt**, Kinder- und Jugendhilfe sowie außerschulischen Bildungspartnern und Trägern sein.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .01.2012

Nehrbaß  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .01.2012

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .01.2012

Dezernat V  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister